

Kleine Anfrage 2024

der Abgeordneten Iris Schülzke
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

an die Landesregierung

Novellierung Wassergesetz- Kosten gerecht verteilen

In dem bisher vorliegenden Entwurf zum neuen Wassergesetz werden auch Aussagen zum Hochwasserschutz vermisst. Insbesondere fehlen bisher Aussagen zu den Kosten bei der Prävention im Hochwasserschutz, der Investitionen oder der Unterhaltung technischer Anlagen.

Viele weitere Fragen bedürfen einer Erläuterung.

Ich frage die Landesregierung:

1. Bisher hat das Land die Kosten für die Hochwasserpumpwerke anteilig übernommen. Dazugab es eine prozentuale Einordnung der Notwendigkeit für die Allgemeinheit, adäquat erfolgte die Kostenübernahme vom Land. Wie werden im neuen Gesetz die Kostenbeteiligungen für die Pump- und Schöpfwerke, die der Allgemeinheit dienen, im Detail geregelt?
2. Im Gesetzentwurf sollen künftig die Wasser- und Bodenverbände und die Gewässerunterhaltungsverbände für den Betrieb und Unterhalt der Hochwasserschutzanlagen zuständig sein, das Land will die Kosten erstatten. Wie werden „notwendigen Kosten“ definiert, wie sollen diese ermittelt werden, wer setzt die angefallenen Kosten abschließend fest, welcher Zeitrahmen ist für die „Erstattung“ vorgesehen?
3. Wie wird sichergestellt, dass diese Kosten zeitnah erstattet werden und nicht die Verbandsmitglieder für die Zwischenfinanzierung aufkommen müssen?
4. Wie werden in Zukunft die Kosten für die Investitionen geregelt, wer kommt für diese Kosten und die Folgekosten auf?
5. Bisher steht oft im Raum, dass in Brandenburgischen Hauptgewässern zu wenig Hochwassermeldepegel zur Verfügung stehen, welche Planungen gibt es, dieses Defizit abzubauen?
6. Die Bevölkerung ist zunehmend beunruhigt wegen der Sulfat- und Eisenbelastung in der Spree. Gibt es Aktivitäten entsprechende Sensoren an relevanten Stellen zu installieren, um ständige Kontrollen und systematische Erfassungen

der Sulfat- und Eisenbelastung (ähnlich wie in Ausläufen von Kläranlagen) sicherzustellen? Wenn nein, warum nicht und welche effiziente, sichere und systematische Erfassung wird dann angestrebt, um frühzeitig negative Einflüsse auf Trinkwasserfassungen und nachfolgende Grabensysteme oder Seen zu verhindern?

7. Nach wie vor werden die Klagen gegen die Gewässerunterhaltungsbeiträge wegen der Höhe der Kosten von den Grundstückseigentümern geführt, es ist nicht vorgesehen, die Grundstückseigentümer Mitglied in den Verbänden werden zu lassen, obwohl diese die Kostengestaltung immer nachdrücklicher anzweifeln. Wie wird zurzeit die Rechnungsprüfung der Verbände durchgeführt, wie wird die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung, Rechtmäßigkeit von Ausschreibungen und Vergabeverfahren, Effizienz der Arbeitsweise, Erstellung der Jahresabschlüsse, Verwendung der Rücklagen usw. geprüft?
8. Ist angedacht, zukünftig den Gewässerunterhaltungsverbänden eine den Gemeinden vergleichbare Rechnungsprüfung aufzugeben, um in den Verbänden nach Jahresschluss vergleichbare Zahlen und Daten zu haben?
9. Welche Aktivitäten unternimmt das Land im Detail, um die Schäden und die daraus folgenden Kosten durch Biber, Nutrias und anderen Nage- und Wühltiere zu senken?
10. Mit welcher Begründung werden die Verbände oder Gemeinden überhaupt an den Kosten beteiligt, wenn Biber Schaden verursachen, z.B. Kahlfraß an Bäumen oder Flutung bzw. Vernässung von Straßen-, Wege- oder Wirtschaftsanlagen?